

Atomkraftgegner, Pazifisten, Frauenrechtlerinnen – in den siebziger und achtziger Jahren schickte sich eine Generation an, die Gesellschaft zu verändern. Mit den Grünen erreichte der Protest auch die Parlamente.

Eine klitzekleine Utopie

Von MANFRED ERTEL

Zwei Tage lang hatten sie sich redlich gemüht, einem der großen politischen Projekte im Nachkriegsdeutschland auf die Beine zu helfen. Sie wollten eine Alternative zu den etablierten Parteien schaffen: die Grünen.

Linke und Landschaftsschützer, Anarchos und Anthroposophen, Christen und kommunistische Kader hatten gestritten, getrickt und gepöbelt. Und sich immer wieder zusammengerauft. Sie hatten in der stickigen Halle geduldig skurrilen Minderheiten zugehört und über jede noch so krude Idee immer schön basisdemokratisch abgestimmt.

Doch dann, gegen 17.10 Uhr, steht plötzlich wieder alles auf der Kippe. „Wir haben jetzt noch vier Minuten“, verkündet Versammlungsleiter Dietrich-Wilhelm Plagemann.

Die Ansage ist für viele ein Schock. Bis spätestens 17.15 Uhr, so wollte es die Versammlung, muss die Parteigründung beschlossen sein – oder eben nicht. Eine Verlängerung um eine Viertelstunde ist da schon inklusive, ein weiterer Nachschlag eigentlich ausgeschlossen. Doch immer neue Abstimmungen und Auszählungen lähmen den Saal, die Schlussabstimmung scheint in weiter Ferne.

Geschulten Wortführern aus dem Kommunistischen Bund wie Jürgen Reents, heute Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, ist das nur recht. Sie haben wichtige Richtungskämpfe ver-



Parteiologo 1980



loten, unter anderem sind sie mit ihrer Forderung nach einem „Recht auf Notwehr und sozialen Widerstand“ unterlegen. Vor allem aber soll Aktivisten in K-Gruppen und Bunten Listen eine Doppelmitgliedschaft bei den Grünen verwehrt sein.

Plagemann will die Partei retten, noch bevor sie richtig am Leben ist. Er verliest einen Antrag auf eine

zweite Verlängerung: „15 Minuten mehr, das müsste reichen.“ Das Protokoll der historischen Sitzung vermerkt an dieser Stelle: „Anhaltender Widerspruch“.

„Die Uhr geht nach“, ruft plötzlich einer aus dem Saal. Tatsächlich hat wohl jemand den großen Chronografen in der



Halle vorübergehend angehalten, um Zeit zu schinden. „Zehn Minuten“ lang, wie Wilhelm Knabe, später einer der Grünen-Vorsitzenden, feststellt.

Ein anderer meldet sich „im Namen der norddeutschen Delegierten“ zu Wort und lehnt jede weitere Verlängerung strikt ab. Die Sammelkarte für die Rückfahrt mit der Bahn nach Hamburg würde sonst verfallen: „Wir haben einige Gehbehinderte, wir müssen jetzt praktisch los.“

Am Ende siegt doch noch die Vernunft. Die Versammlung einigt sich auf 15 zusätzliche Minuten, die letzte Auszählung wird in Ruhe beendet, danach über den Gründungsbeschluss abgestimmt. „Die Mehrheit ist da“, verkündet schließlich der niedersächsische Grüne Heiner Ohmstedt erleichtert vom Präsidium herab.

Es ist der 13. Januar 1980, als in der Karlsruher Stadthalle mit der Gründung der grünen Bundespartei eine neue po-

litische Zeitrechnung beginnt. 1004 Delegierte, Bürger- und Umweltbewegte, Sozialisten und Radikaldemokraten, Altbürgerliche und Alternative, beenden einen langen Marsch durch die außerparlamentarische Opposition, um sich ab sofort auf einen neuen Weg zu machen: die Erstürmung der Parlamente.

Die Delegiertenzahl ist nicht ohne Hintersinn gewählt. 1004 ist die Nummer des Bohrlochs in Gorleben und damit Symbol des Atomprotests in jenen Tagen, Symbol auch einer ganzen Generation, die für Auflehnung gegen staatliche Obrigkeit und politische Bevormundung steht.

Es ist eine politisch bewegte und bewegende Zeit. Die Sowjets sind in Afghanistan einmarschiert, die Nato hat mit Unterstützung der Bundesregierung den „Doppelbeschluss“ zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durchge-

setzt, die SPD hat auf ihrem Berliner Parteitag die Mitglieder auf strammen Atomkurs eingeschworen. Und Franz Josef Strauß schickt sich an, als Kanzlerkandidat von CDU und CSU nach der Macht in Bonn zu greifen.

Dass unter diesen Vorzeichen politisch etwas ganz Neues gelingen könnte, „das lag in der Luft“, sagt Lukas Beckmann, einer der Gründungsväter der Grünen und seit vielen Jahren Geschäftsführer der Bundestagsfraktion: „Die Leute wollten nicht immer Feuerwehr sein und zum Protest von einem neuen Kraftwerksstandort zum anderen eilen. Sie wollten endlich eine Stimme haben.“

Der Bauernsohn und gelernte Landwirt, der erst später Abitur machte und in Bielefeld Soziologie studierte, ist ein exemplarischer Typ für das Lebensgefühl einer ganzen Generation in den Siebzigern des vorigen Jahrhunderts.

KANZLER UND KOALITIONEN

Schon vor seinem Hochschulabschluss 1978 interessiert sich Beckmann für Entwicklungspolitik und die ungleich verteilt Lebenschancen zwischen Nord und Süd. Er engagiert sich in der kirchlichen Jugendarbeit, macht mit bei Amnesty International, in Dritte-Welt-Gruppen oder einem Arbeitskreis Umwelt. Im Frühjahr 1978 gehört er zu den Initiatoren einer Bunten Liste Bielefeld und pflegt seine Freundschaft mit dem Aktionskünstler Joseph Beuys.

Wie Beckmann sind damals viele auf der Suche, ältergewordene 68er und Nachgewachsene. Die meisten vagabundieren durch zahllose Polit-Zirkel und Grüppchen.

Diese „neuen sozialen Bewegungen“, wie sie später genannt werden, haben vor allem eines gemeinsam: Sie sind „anti“. Gegen Immobilienspekulanten, gegen repressive Erziehung, gegen Frauenunterdrückung, gegen Atomkraft.

Zwischen 15 000 und 20 000 Bürgerinitiativen wollen Historiker und Parteienforscher wie Lilian Klotzsch und Richard Stöss Mitte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik gezählt haben. Die Summe der Umweltschutz-Initiativen schätzen sie zu diesem Zeitpunkt bereits auf 3000 bis 4000.

Vor allem Umweltkandale und Öko-Ängste munitionieren den Widerstand auf der Straße. Aber auch hier ist das Spektrum bunt. Es geht um Atomkraft, Waldsterben, Dioxin oder Chemie-Katastrophen wie in Seveso oder bei Boehringer.

Der SPD-Wahlkampflosung von 1961, „Blauer Himmel über der Ruhr“, waren keine politischen Taten gefolgt. Erst ein Report des Club of Rome aus dem Jahr 1972 über die „Grenzen des Wachstums“ erschüttert die Technik- und Fortschrittsgläubigkeit der Deutschen nachhaltig. Der eigentlich unlesbare Wälzer wird zum Bestseller.

Annemarie Sacherer ist eine einfache Weinbäuerin am südbadischen Kaiserstuhl. Zusammen mit Mann und Kindern sowie ihren Eltern bewirtschaftet sie einen mittelgroßen Winzerhof rund acht Kilometer entfernt von Wyhl.

Mit großer Politik hat sie nicht viel im Sinn, bis 1971 das erste Mal vom Bau eines Atomkraftwerks in der Region die Rede ist, damals noch in Breisach, später in Wyhl. Der Kampf dagegen ist für sie „selbstverständlich“, sagt sie später. Ebenso für Tausende Winzer, Hausfrauen, Priester oder Bauern in der Re-

gion. „Nai hämmer gsait“, hämmern sie den politisch Verantwortlichen in landmannschaftlicher Mundart auf Flugblättern und Plakaten ins Bewusstsein. In 100 000 Einsprüche formulieren sie ihr „Nein, haben wir gesagt“ auch auf Amtsdeutsch.

An einem kalten Februartag 1975 schaffen es die Wyhler endgültig bis in die Nachrichten der Republik. Rund 150 Weinbauern okkupieren am 18. Februar kurzerhand das Baugelände im Wyhler Wald. Sie setzen sich auf Raupenbagger, mit denen die Bäume abgeräumt werden sollen. „Hört auf damit, geht nach Hause“, rufen sie den Arbeitern zu.

Es dauert nicht einmal drei Tage, bis mehrere Hundertschaften Polizei anrücken, mit Hunden, Wasserwerfern und Panzerwagen. Die Polizisten räumen Wald und Bauplatz und sind dabei nicht zimperlich. „Wenn das Beispiel Schule macht, ist dieses Land nicht mehr regierbar“, rechtfertigt der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) sein hartes Durchgreifen gegen solche Proteste.

Auf eine gewisse Art sollte er recht behalten, wenn auch ganz anders, als er sich das gedacht hatte. Denn kurz danach sind sie wieder da, im Wyhler Forst. Nur kommen diesmal nicht 150, sondern über 15 000 und später sogar 30 000 Demonstranten.

Und Wyhl ist erst der Anfang. Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Gorleben folgen. Die Demonstrationen werden häufiger, größer und blutiger. Es sind nicht mehr nur Nachbarn und Anlieger, Atomgegner mit ihren Ängsten kommen zu Zehntausenden, von überall her. Und treffen an den Bauzäunen auf eine hochgerüstete und kompromisslose Polizei.

Am 13. November 1976 verteidigen Polizisten auf Pferden und mit Wasserwerfern gegen 40 000 Menschen ein mit tiefen Gräben und Nato-Draht gesichertes Wiesengelände bei Brokdorf in der Wilster Marsch. Drei Monate später sind in Brokdorf schon 60 000 Demonstranten, in Grohnde im März erneut 30 000. Wieder kommt es am Bauzaun zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Im September marschieren 50 000 Atomkraftgegner vor den Schnellen Brüter in Kalkar am Niederrhein, eineinhalb Jahre später sind es rund doppelt so viele in Gorleben vor dem geplanten atomaren Endlager.

Der Anti-Atom-Protest ist auf seinem Höhepunkt und zugleich an einem Wen-



Grüne Demonstranten Otto Schily, Lukas Beckmann, Petra Kelly 1983



Künstler Joseph Beuys 1993



Öko-Bauer Baldur Springmann 1979



DDR-Regimekritiker Rudolf Bahro 1980



Abgeordneter Herbert Gruhl 1978

depunkt. Die brutalen Kämpfe an den Bauzäunen, von radikalen Gruppen für eigene Ziele genutzt, bringen die Anliegen der Widerstandsbewegung mehr und mehr in Misskredit.

Viele Aktivisten suchen nach neuen politischen Spielräumen. Die bieten ihnen nur die Parlamente. Als kleine, noch lokale Polit-Gruppen schießen Grüne und Bunte Listen aus dem Boden und bringen es bei Kommunalwahlen zu respektablen Anfangserfolgen.

Im Herbst 1977 ziehen Grüne Listen und Atomkraftgegner in die Kreistage in Hildesheim und Hameln ein. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1978 schafft eine „Bunte Liste / Wehrt Euch“ auf Anhieb einen Achtungserfolg: 3,5 Prozent für die Alternativen, dazu ein Prozent für konkurrierende Umweltschützer. Im Oktober 1979 erobern grüne Politiker erstmals ein Landesparlament. 5,1 Prozent reichen für vier Sitze in der Bremischen Bürgerschaft.

Das größte Hindernis auf dem Weg zu einer schlagkräftigen Bundespartei bleibt allerdings die schillernde Vielfalt der Grüppchen und ihrer Wortführer. Sie versammeln sich hinter dem gemeinsamen Label Umweltschutz, könnten aber unterschiedlicher kaum sein.

Da ist der konservative CDU-Dissident Herbert Gruhl mit seinem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ ne-

Er ist es, der Dutschke in nächtlichen Sitzungen beschwatzt, sich mit dem CDU-Dissidenten Gruhl zu treffen. „Gruhl war der erste Konservative, der für uns interessant war“, sagt Horacek. Und das in doppelter Hinsicht. Denn der konservative Umweltschützer hatte sein Bundestagsmandat nach seinem Austritt aus der Union behalten und sollte später der erste grüne Abgeordnete werden.

In Gruhls Abgeordnetenbüro in Bonn setzen sich Dutschke und Gruhl zusammen – und finden überraschend einen Draht zueinander. Vor allem „menschlich war es okay zwischen beiden“, erinnert sich Beckmann. Wieder ist eine Hürde auf dem Weg zur grünen Bundespartei genommen, die Bandbreite „von Gruhl bis Dutschke“ wird zum Symbol.

Im Juni 1979, bei der ersten Europawahl, kandidierten die Grünen schon einmal bundesweit, als „Sonstige Politische Vereinigung“, und brachten es aus dem Stand auf 3,2 Prozent. Das reichte zwar noch nicht für einen Sitz im neuen Europaparlament, aber immerhin für 4,8 Millionen Mark Wahlkampfkostenersatzung. Der Batzen Geld bildet jetzt, kurz vor der Gründung, den finanziellen Grundstock für den Aufbau einer Parteiorganisation.

In einem kleinen Büro hinter der Bonner SPD-Baracke und vis-à-vis des Konrad-Adenauer-Hauses der CDU wird das Logo erdacht: eine Sonnenblu-

Es ist eine andere Protestbewegung, die jetzt heranwächst, sanfter und fröhlicher. Helmut Gollwitzer, in den sechziger Jahren ein väterlicher Freund von Rudi Dutschke, gehört dazu, Pastor Heinrich Albertz, ein christlicher Querdenker, die Links-Theologin Dorothee Sölle oder die grüne Theologin Antje Vollmer. Manche haben schon in den fünfziger Jahren gegen Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung demonstriert. Sie geben dem Protest ein neues Gesicht und eine neue Richtung.

Im Oktober 1981 werben im Bonner Hofgarten 300 000 Menschen für Abrüstung und Frieden, die bislang größte Demonstration der Nation. Das Wetter ist schön, zusammen singen sie „Das weiche Wasser bricht den Stein“ und „Wir wollen wie das Wasser sein“. Ein paar Monate später, beim Besuch von US-Präsident Ronald Reagan, sind es 500 000.

Am 29. März 1983 zieht die Partei in den Bundestag ein. Vor der ersten Sitzung rollen die neuen Abgeordneten eine mannshohe Weltkugel durch die Bonner Straßen zum Parlament. Joschka Fischer und Marieluise Beck-Oberdorf schleppen eine vom sauren Regen gerupfte Tanne mit sich, von der sie Helmut Kohl nach seiner Wahl zum Kanzler einen dürren Zweig überreichen. Der Protest ist im Parlament angekommen, der Widerstand gesellschaftsfähig geworden.

Wie sehr, zeigt einige Jahre später eine Anzeige, in der sich 554 Richter und Staatsanwälte aus der ganzen Republik mit einer Sitzblockade von 20 ihrer Kollegen vor der US-Airbase Mutlangen solidarisieren. Am 12. Januar 1987 hatten die Juristen bei 20 Grad minus den Weg zum Stützpunkt verstellt, in dem die neuen Pershing-Raketen der Nato stationiert worden waren.

So etwas hat es nie zuvor in der Bundesrepublik gegeben. „Ich träume von einer gerechten Gesellschaft, das ist eine Utopie. Aber gerade deshalb versuche ich, hier etwas zu tun, was ein kleiner, ein klitzekleiner Bestandteil dieser Utopie ist“, heißt es in dem Aufruf.

Elf Monate später, am 8. Dezember, paraphieren Michail Gorbatschow und Ronald Reagan den INF-Abrüstungsvertrag zum Abbau aller Mittelstreckenraketen. Es dauert noch drei Jahre, dann sind Mutlangens Pershings und all die anderen verschrottet.

In den letzten beiden Depotbunkern werden nur noch Streusalz und Altpapier gelagert.

Im Oktober 1981 demonstrieren in Bonn 300 000 für Abrüstung.

ben akademischen Freidenkern wie Lukas Beckmann; da ist der bäuerliche Eigenbrötler Baldur Springmann neben den Frankfurter Spontis um Joschka Fischer. Alle sind sie unterwegs, irgendwie und irgendwohin.

Der aus der DDR ausgebürgerte Sozialist Rudolf Bahro soll bei der neuen Partei ebenso dabei sein wie der einstige Studentenführer Rudi Dutschke, der 1968 bei einem Attentat in Berlin schwer verletzt wurde.

Geeint werden die kunterbunten Aktivisten vor allem von Lukas Beckmann und Milan Horacek, einem tschechischem Elektromonteur, der seit dem niedergeschlagenen Prager Frühling 1968 in Frankfurt lebt und dort Politikwissenschaften studiert. Horacek engagiert sich bei der Grünen Liste Hessen und ist eng befreundet mit Dutschke.

me, wie sie den Umschlagdeckel einer Zeitschrift der „Jungen Europäischen Föderalisten“ zierte. Beuys ist einverstanden. Und als endlich auch Dutschke seinen Widerstand gegen den Namen „Die Grünen“ aufgibt, kann der Gründungsparteitag im Winter 1980 stattfinden.

Eineinhalb Jahre später geht es wieder um Minuten – vier Minuten bis zum Weltuntergang zeigt eine „Überlebensuhr der Menschheit“ auf dem evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg. Eine bunte Schar ist an die Elbe gekommen, Junge und Alte, lässige Alternative und irgendwie engagierte Christen – die meisten bekennende Nicht-Kirchgänger. Sie tragen lila Halstücher, „Umkehr zum Leben“ steht darauf. Gut hunderttausend sind es diesmal.